

# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung, — auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.35, durch die Post abgeholt M 7.50.

## Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeväter des Bezirks.

Postfach - Konto Leipzig 24 127. — Gemeinde - Giro - Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechs mal gespaltene Zeitzeile (Motte's Zeilenmesser 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmännch. 85 Pfg., im Amtsgerichtsbezirk 70 Pfg. Umtl. Zeile M 3.—, 2.50 und 2.10. Kettl. M 2.— Bei Wiederhlg. Rabatt. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Oberfeina, Niederfeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. B. Mohr). Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 110.

Donnerstag, den 29. Juli 1920.

72. Jahrgang

### Ämtlicher Teil.

#### Bekanntmachung über die Aufhebung der Ankaufsbefcheinigungen für Ferkel.

I.

Die Bestimmungen über die Ankaufsbefcheinigungen für Ferkel und Püferschweine bis zu 25 Kilogramm Lebendgewicht werden aufgehoben. Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Nutz und Zuchtvieh vom 27. Juli 1918 (Nr. 174 der Sächsl. Staatszeitung) erhält daher folgende Veränderungen:

1. Der 2. Absatz des § 1 erhält dabei folgende Fassung:

„Schweine über 25 Kilogramm Lebendgewicht dürfen nur an Mitglieder des Viehhandelsverbandes mit großer Ausweiskarte veräußert werden.“

Ferner sind zu streichen:

2. In § 2 Absatz 1 der 3. Satz.

3. In § 3 der 2. Absatz.

4. In § 4 Absatz 3 die Worte: „für Schweine unter 25 Kilogramm Lebendgewicht.“

II.

Im Zusammenhang hiermit wird die Frist zur Anmeldung von Ferkeln zur Viehliste, soweit der Zugang durch Geburt erfolgt, von 1 Woche auf 3 Wochen ausgedehnt.

§ 2 der Bekanntmachung über Viehlisten vom 15. August 1918 (Nr. 190 der Sächsl. Staatszeitung) erhält deshalb im 1. Satz folgenden Zusatz:

„Bei Zugang von Ferkeln durch Geburt ist die Anzeige binnen drei Wochen zu erstatten.“

III.

Im übrigen bleiben alle sonstige Bestimmungen für Ferkel und Püferschweine bis zu 25 Kilogramm, insbesondere diejenigen über die Anmeldung dieser Tiere zur Viehliste, nach wie vor in vollem Umfange bestehen.

IV.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 26. Juli 1920.

Wirtschaftsministerium.

Landeslebensmittelamt.

#### Fleisch-, Butter- und Fett-Verteilung.

Auf Abschnitt Z der Reichsfleischkarte gelangen auf die Zeit vom 26. Juli bis 3. August 1920 — also auf zwei Wochen — für Personen, die über 6 Jahre alt sind, 300 Gramm, für Personen unter 6 Jahren 150 Gramm Rindergefrierfleisch zur Verteilung. In der nächsten Woche findet keine Fleischverteilung statt.

1 Pfund Rindergefrierfleisch kostet . . . 10 M,

300 Gramm Rindergefrierfleisch kosten . . . 6 M,

150 Gramm Rindergefrierfleisch kosten . . . 3 M.

Die Krankenkarten werden mit 1 Pfund, die Fleischbezugskarten der Anstalten und Gastwirtschaften in der doppelten Höhe beliefert.

Auf Abschnitt Y der Landesfettkarte darf einsehchthel Pfund Butter zum Preise von 0,80 M verteilt werden. Ferner gelangen auf Abschnitt 22 der Fettzusatzkarte 125 Gramm Kokos- oder Kunstspeisefett zum Preise von 4,40 M zur Verteilung.

Auf Abschnitt Y der Landesfettkarte gelangen in dieser Woche noch 70 Gramm Margarine zum Preise von 1,75 M zur Verteilung.

Ramen, am 27. Juli 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

#### Das Wichtigste.

Im Quedlinburger Kreise sind 3000 Landarbeiter wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Die Folgen des Kohlenabkommens von Spa treten bereits jetzt in Erscheinung. Die Reichsregierung geht mit der Absicht um, durch eine Verordnung den Verbrauch von Licht für Unternehmungen, die dem Vergnügen und dem Luxus dienen, einzuschränken. Es soll jedoch darauf Bedacht genommen werden, daß die Wirtschaftlichkeit der betreffenden Betriebe dadurch nicht gefährdet wird. Das Interesse der deutschen Industrie und die drohende Arbeitslosigkeit sollen derartige Einschränkungen unbedingt erfordern.

Die Parteien und das Spa Ergebnis. Die Blockparteien im Reichstag haben einen Antrag eingebracht, der dem Kabinett Feinbach das Vertrauen des Hauses auspricht. Daraufhin haben die Deutschnationale Volkspartei einen Gegenantrag eingebracht, der sowohl das Ergebnis von Spa, als auch die Haltung der deutschen Delegation als nicht befriedigend bezeichnet.

Die Kosten der Reichstagswahlen belaufen sich insgesamt auf 17 1/2 Millionen Mark, die das Reich zu vier Fünfteln trägt. Die Parteien erhalten aus dieser Summe ihre laufenden Ausgaben für die Stimmzettelherstellung ersetzt. Der Markkurs pendelt immer noch hin und her, die wirkliche Aufbesserung, die von der Konferenz von Spa erwartet wurde, ist nicht eingetreten.

Falsche 1000 Markscheine. In letzter Zeit treten Nachbildungen der Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Ausgabe-

datum vom 21. 4. 1910 auf. Sie sind bei einiger Aufmerksamkeit kenntlich. Die Herstellung der Falschstücke ist unter Zuhilfenahme der Photographie im Lichtdruck erfolgt.

Lloyd George ist vorgestern abend wieder in London eingetroffen.

Peking ist von den feindlichen Truppen nahezu umzingelt.

#### Beklemmungen der Franzosen.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die französischen Politiker leiden gegenwärtig unter Beklemmungen, die ihnen ein böses Gewissen einflößt. Sie fürchten, Deutschland könnte in einer impulsiven Umwandlung von Sehnsucht nach der Freiheit die Waffen ergreifen, um im Verein mit den siegreichen Bolschewisten das Joch der Versklavung von sich abzuschütteln. Die „Aktion Française“ schreibt, es gebe für Deutschland zwei Möglichkeiten; entweder es gebe den Weg nach dem Westen frei und verbinde sich mit den Bolschewisten, um Revanche zu nehmen, oder es verweigere den Durchzug, um die Bolschewisten gemeinsam mit der Entente zu bekämpfen und zwar um den Preis der vollkommenen Zerreißung des Versailler Vertrages und um der Vernichtung des Sieges der Entente. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten könne Deutschland wählen gemäß den Notwendigkeiten des Augenblickes. Soweit das Chauvinistenblatt der französischen Imperialisten. Es ist merkwürdig, daß derartige Möglichkeiten noch nie in deutschen Kreisen besprochen worden sind, während die Franzosen sie jetzt schon

als Schreckgespenst vor ihren Augen sehen. Offenbar wollen sie die alten französischen Ängste vor dem deutschen Militarismus wieder erregen, um die Regierung Millerand zu einer weiteren Verschärfung seiner erpresserischen Wiedergutmachungspolitik zu treiben. Ganz so schlimm, wie die Franzosen die Gefahren an die Wand malen, stehen die Dinge denn doch nicht. Wenn wir in Deutschland noch treibende Kräfte der nationalen Freiheit besitzen, so wäre tatsächlich der Augenblick des polnischen Zusammenbruchs gegeben gewesen, um mit Sowjetrußland gemeinsam die Entente nieder zu werfen, und den Versailler Schmachfrieden zu annullieren. Angesichts unserer trostlosen innerpolitischen Lage ist aber an eine derartige Freiheitstat nicht zu denken. Es gibt heute noch sehr viele Menschen in Deutschland, die sich trotz der schweren Not des Landes noch ungemein wohl fühlen und in ihrer trägen Bequemlichkeit keine Sehnsucht danach haben, neue Opfer zu bringen, um das Joch der Sieger abzuschütteln. Wenn also wirklich eine starke Regierung das Volk zu den Waffen aufrufen würde, so hätten wir nicht die Aussicht, die Hilfe aller Volkskreise, wie am 4. August 1914 zu finden.

Interessant an den französischen Pressestimmen ist jedenfalls die Angst, die aus dem erbärmlichen Gefühl der bewußten Schandtat herauskommt, denn Frankreich weiß ebenso gut wie wir, daß die erpresserische Politik gegen Deutschland das deutsche Volk in schwerstes Elend hineinführen muß. Jeder Franzose, der auch nur einen Funken von Nationalgefühl besitzt, kann die Schmach genau erkennen, die sein Land dem deutschen Volke angetan hat. Er weiß auch sehr wohl, daß ein Volk die Fesseln der Unterdrückung

